Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Der Chefredaktor der «Basler Nachrichten», *Peter Dürrenmatt,* hat kürzlich auf Anregung des Schweizer Spiegel-Verlages ein Buch veröffentlicht, das vom Autor als «Erinnerungsbuch» zur

«Geschichte der Schweiz im zweiten Weltkrieg»

bezeichnet wird *). Der Autor wollte also damit nicht ein eigentliches Geschichtswerk schaffen — dies wäre wohl, angesichts der kurzen Zeitspanne, die seitdem vergangen ist, kaum möglich —, sondern ein Buch, das «das Geschehen» erzählt,

> «wie es ein Zeitgenosse gesehen und erlebt hat. Es soll vornehmlich der jungen Generation, die manches nur noch vom Hörensagen kennt, der Ablauf der Dinge im Zusammenhang geboten werden».

Zweck des Buches ist, indem die Atmosphäre jener Tage festgehalten wird, darzulegen,

> «wie die unpathetische schweizerische Nüchternheit sich im übrigen Chaos der Zeit als große Kraft erwies».

Dieser Zweck wird, so scheint uns, in treffsicherer Weise erreicht.

Das 1. Kapitel: «Im Sturm der Geschichte» behandelt vorerst

die tieferen Ursachen des zweiten Weltkrieges.

Mit Recht erwähnt hier der Verfasser den Vertrag von Versailles, wie er einerseits den Gedanken der Solidarität im Völkerbund verkörperte, anderseits aber auf den Grundsätzen der Machtpolitik aufgebaut war. Dieser Umstand begünstigte das Aufkommen nationalistischer Strömungen, wofür in Deutschland vorerst die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten (1925) Symptom war. Mit Recht erwähnt der Verfasser als weitere Ursache zur kommenden Auseinandersetzung die Zerschlagung Österreich-Ungarns, die, wie man weiß, in unheilvoller Weise weitere Nationalismen gezüchtet hat. 1929 setzte die Weltwirtschaftskrise ein;

> «sie zerstörte die kleinen Anfänge der neuen, allmählich in der Nachkriegszeit entstandenen wirtschaftlichen und geistigen Weltverbundenheit».

Diesen beiden Umständen — Nationalismus und Wirtschaftskrise — fielen in letzter Linie, so ließe sich beifügen, die wahrhaft heroischen Bestrebungen der beiden Staatsmänner Stresemann und Briand zum Opfer. Nun gewannen, so sagt der Verfasser, «die politischen und sozialen Scharlatane» an Boden.

---

*) Peter Dürrenmatt: «Kleine Geschichte der Schweiz im 2. Weltkrieg». Schweizer Spiegel-Verlag, Zürich 1949.

Für die Entwicklung der Schweiz in dem Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen führt der Verfasser mit Recht als wesentlich an, wie unser Land allmählich geistig auf sich selbst gestellt wurde, also die Verbindung Deutschschweizer-Deutschland, Welschschweizer-Frankreich sich im Laufe der Zeit im Sinne der Lockerung entwickelte. Inzwischen war auch die soziale Spannung beträchtlich gelöst, die seinerzeit im Generalstreik ihren Höhepunkt gefunden hatte; der Achtstundentag wurde gesetzlich verankert und dem politischen Ausgleich diente die Einführung des Proporzes: «Die beiden Gruppen der Bauern und der sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft gewannen größeren Einfluß auf die Politik».

Es folgt eine Darstellung der äußeren und inneren Entwicklung in den Jahren, die dem Schicksalstermin 1938/1939 knapp vorangingen. Große Politik: Machtübernahme in Deutschland, Verkennung der Gefahr, die Adolf Hitler für alle bedeutete, durch verschiedene Großmächte (England!), Wiederinanspruchnahme der deutschen Wehrhoheit (1935),

Remilitarisierung des Rheinlandes (1936).

Hier wäre vielleicht anzufügen: die Tatsache, daß damals die französische Regierung (Maurice Sarraut) die militärische Intervention unterließ, war für die spätere Entwicklung in schwerwiegendem Maße entscheidend, so daß man beinahe versucht wäre, hier von einer Schuld am zweiten Weltkrieg zu sprechen. Ein vielleicht ebenso schwerwiegendes Versagen von französischer Seite hat sich bekanntlich später in einer zweiten unheilvollen Inaktivität ergeben: als die französische Armee in Ruhestellung zusah, wie Deutschland Polen zu Boden warf. Es folgt der 29. September 1938:

«München».

«Dieser Erfolg lähmte zugleich die letzten Kräfte des innerdeutschen Widerstandes gegen das Gewaltregime». Schweizerische Politik: Neubelebung des Wehrgedankens unter maßgebendem Einfluß von Bundesrat Minger; die Sozialdemokratie gibt unter dem Druck der außenpolitischen Lage den Widerstand gegen die Militärkredite auf; Zeichnung der Wehranleihe; Friedensabkommen in der Metallindustrie (19. Juli 1937); Wiedergewinnung der integralen Neutralität (14. Mai 1938);

Frontenbewegung.

Der letzte Punkt verdient, rückschauend, besonderes Interesse. Der Verfasser legt dar, wie sich in den Jungliberalen, Jungkonservativen und Jungbauern lebendige Gruppen bildeten, deren Ziel «eine Reform an Haupt und Gliedern», die Totalrevision der Bundesverfassung war. Es schlossen sich Fronten und Bünde an, deren wichtigste indessen, die «Nationale Front», bald stark unter nationalsozialistischen Einfluß geriet. Nachdem das Begehren auf der Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1935 wuchtig verworfen worden war, erlahmte die Bewegung ziemlich schnell. Was übrig blieb, geriet damals bekanntlich immer stärker in nationalsozialistisches Fahrwasser; ein wirklicher Rückhalt im Volke konnte diesen Bewegungen nicht mehr beschieden sein, nachdem dieses Volk in seinem Widerstandswillen gegen die äußere Bedrohung erwacht war. Der importierte Antisemitismus tat das seine, um die negative Entwicklung zu beschleunigen. Tatsächlich läßt sich

vom heutigen Standort aus, rückschauend feststellen, daß die Frontenbewegung im politischen Leben des Landes kaum irgendwelche bemerkbaren Rückwirkungen hinterlassen hat. Das Parteiengefüge, das verändert werden sollte, blieb tatsächlich unverändert; die «autoritären» Anregungen vollends fanden, praktisch gesehen, keinen Widerhall. Einige letzte Ausläufer kann, wer will, in der bundesrätlichen Verlautbarung vom 25. Juni 1940 erblicken. Die «Landi» — Zeichen schweizerischen Selbstbewußtseins — schloß diese Periode ab.

Ein 2. Kapitel behandelt die Zeit zwischen der ersten und zweiten Mobilmachung. Hier ist in erster Linie festzuhalten die

Einführung der Lohn- und Verdienstersatzordnung

am 20. Dezember 1939. Dieser Maßnahme vor allem ist es zu verdanken, daß der soziale Friede bis zum Ende des Krieges erhalten blieb, im Gegensatz zur Zeit des ersten Weltkrieges. In der gleichen Richtung wirkte die vorbildliche Organisation der Kriegswirtschaft, durch die es gelang, «eine durchschnittliche und brauchbare Gerechtigkeit zu finden». In diese Zeit fällt, nachdem mit dem 9. April 1940 «Quisling» ein Begriff geworden war, die Einleitung des Kampfes gegen die «Fünfte Kolonne», und hier ist besonders zu erwähnen der Bundesratsbeschluß vom 18. April 1940: «Weisungen für die Kriegsmobilmachung bei Überfall».

Das folgende 3. Kapitel trägt die Überschrift: «Widerstehen!» Damit behandelt es den Zeitraum vom 10. Mai 1940 bis zum Frühjahr 1941, also eine der kritischsten Perioden der Schweizergeschichte. Erwähnt wird vorerst die Evakuationsstimmung zu Pfingsten 1940, an deren Schilderung der etwas euphemistische Satz angefügt ist:

> «Die Armee blieb von solchen gefährlichen Gemütserschütterungen, die das Hinterland erfaßt hatten, verschont».

Erwähnt werden die Luftkämpfe schweizerischer gegen deutsche Flieger, die manches Todesopfer forderten. Es folgt der Zusammenbruch Frankreichs. England kämpft allein. Die Schweiz liegt mitten im «Neuen Europa». Bedenkt man heute — nach einer Distanzperiode von zehn Jahren — die Ursachen des völligen Zusammenbruchs Frankreichs, so lassen sich drei Elemente mit Sicherheit feststellen:

1. Die andauernd unbefriedigenden sozialen Verhältnisse in diesem Lande,
2. Die Auswirkungen der Volksfrontbewegung,
3. Die Infiltration durch den Nationalsozialismus und die Fünfte Kolonne.

Irgendwie lagen diese Ursachen bereits dem Versagen im März 1936 (Rheinland) und im September 1939 (Polen) zu Grunde.

Gegenüber der nunmehr äußerst bedrohlichen Lage unseres Landes war die Aufgabe klar. Der Verfasser formuliert sie so:

> «Man mußte dieses Volk aufrichten, sein Selbstvertrauen stärken, — aber man mußte es so sagen, daß man dem Übermut der Sieger keinen Vorwand gegen uns lieferte».

Sicher eine zutreffende Formulierung!

Es folgte die bundesrätliche Ansprache an das Volk vom 25. Juni 1940. Genau einen Monat später, am 25. Juli, gab der General am Rapport auf dem Rütli die

Parole zum Widerstand, zugleich mit dem Reduit-Befehl. «Das Reduit wurde zum Begriff des nationalen Widerstandes».

Das ist das historische Verdienst General Guisans.

Nicht umsonst versuchten die Deutschen in der Folge, den General ersetzen zu lassen:

> «Aber der Bundesrat blieb fest. Er wußte, was der General in den Augen des Volkes geworden war».

Es folgt die Erinnerung an die Affäre der Audienz bei Bundespräsident Pilet. Mit Interesse liest man heute, nach langer Zeit, wieder im Communiqué, das die Gruppe, die empfangen worden war, von sich aus veröffentlichte:

> «Die Vertreter der ‚Nationalen Bewegung der Schweiz' unterrichteten den Bundespräsidenten über deren politische Zielgebung als der Trägerin des neuen politischen und sozialen Gedankens. Die Unterredung, welche 1½ Stunden dauerte, stellt den ersten Schritt zur Befriedung der politischen Verhältnisse der Schweiz dar».

Die Erinnerung streift die ausgezeichnete Arbeit der

Abteilung «Heer und Haus» und ihres Chefs, Oberst Oskar Frey.

Die Arbeit der Sektion hat für die stimmungsmäßige Festigung der Truppe sehr wesentliches beigetragen. Sie ging auf direkte Initiative des Generals zurück.

Die Erinnerung geht über zu dem verdienstvollen Wirken von

Bundesrat Stampfli

und seiner Handelsabteilung, denen es gelang, den Handel mit der Achse aufrechtzuerhalten, ohne welchen die zur Beschaffung der Arbeit erforderlichen Rohstoffe nicht hätten hereingebracht werden können. Es folgt eine Würdigung des Anbauplanes Prof. Wahlens. Die Aktion gegen landesverräterische Umtriebe vom Frühsommer 1941 wird erwähnt.

Der letzte Zeitraum, den das 4. Kapitel schildert — «Durchhalten bis zum Frieden» —, führt die Erinnerung an den Beginn des deutsch-russischen Krieges in der Nacht vom 21. auf den 22. Juni 1941. Die militärische Lage der Schweiz wird damit entspannt. Denkwürdig bleibt die Feier des 650. Jahrestages der Gründung der Eidgenossenschaft, Sommer 1941. Das Problem der Flüchtlinge und Internierten — die Zahl belief sich zu Kriegsende auf 100 000 — mit seinen schwierigen Aspekten polizeilicher und menschlicher Natur wird behandelt, die zunehmende Verletzung des schweizerischen Luftraumes, vornehmlich durch englische Luftgeschwader, erwähnt. Es folgt der März 1943, da in der deutschen Heeresleitung die

«Aktion Schweiz»

erwogen wurde; die Angelegenheit Masson-Schellenberg wird mit Diskretion beurteilt. Über die Invasion vom 6. Juni 1944 führt uns der Verfasser zum Kriegsende. Man erinnert sich hier, wie sehr eine Zeit lang die schweizerische Neutralität umstritten erschien, und man sieht sich zurückversetzt in die Zeit der schwierigen

Wirtschaftsverhandlungen, die am 12. Februar 1945 in Bern mit der alliierten Delegation unter Führung des Amerikaners Currie begannen.

Das Unrecht der «Schwarzen Listen»

und der Kampf um ihre Aufhebung kommt zur Sprache, und endlich das schwer umstrittene Abkommen von Washington. Am 20. August 1945 kann der General den Aktivdienst schließen. Das Schweizervolk hat ihm sehr viel zu verdanken.

Die «Kleine Geschichte der Schweiz im 2. Weltkrieg» schließt mit der Erinnerung an die Schicksalsverbundenheit dieser Jahre. Es ist gut, ihrer gelegentlich wieder bewußt zu werden. Heute kann man sagen, daß unser Land, nachdem die Diskussion um die schweizerische Neutralität sich längst wieder gelegt hat, aus der Zeit der Bedrohung durch den Nationalsozialismus und aus der Zeit des Krieges mit einem nicht unerheblichen Prestigegewinn hervorgegangen ist. Insbesondere ist es dem Volk gelungen, sich

seine Freiheiten ungeschmälert zu bewahren,

darunter und vor allem auch die *Freiheit der Presse*. Es hat in der Zeit der schweren ideologischen Kämpfe, die wir heute durchleben, eine große Bedeutung, daß wir unsere Meinung frei äußern dürfen, und gerade der ideologische Gegner dürfte sich inzwischen bewußt geworden sein, daß es bei uns niemals eine Gesinnungsneutralität geben wird, und daß alle Druckversuche in dieser Richtung ohne Wirkung bleiben.

* * *

Das Ergebnis der englischen Wahlen

dürfte vor allem in Richtung auf die grundsätzliche Führung der allgemeinen inneren Staatspolitik, und besonders der Wirtschaftspolitik, in Europa, aber auch weit darüber hinaus, bedeutende Rückwirkungen haben. Die Tatsache, daß das englische Labourregime nach fünfjähriger Planung, die von einem grundsätzlichen Standort aus erfolgte, und durch welche der überwiegenden Mehrheit des Volkes beträchtliche materielle Vorteile zufielen, trotzdem eine schwere Einbuße an Stimmen erlitten hat, die ihm beinahe die Mehrheit kostete, bedeutet einen Rückschlag für den Sozialismus in der ganzen Welt. Die britische Arbeiterregierung wird nun nicht mehr in der Lage sein, ihre weitgespannten Pläne für eine fortgesetzte Sozialisierung weiter zu verfolgen; damit aber fällt für die anderen Parteien des Sozialismus in der Welt gleichsam der zentrale Ansporn dahin, und dies wird sich in einer Schwächung ihrer Stoßkraft auswirken. Wie sich diese Auswirkung in den einzelnen Ländern gestaltet, ist natürlich noch nicht festzulegen; sicher wird sie aber in einem Lande wie Westdeutschland beträchtlich sein, wo gerade in diesen Tagen um den wirtschaftspolitischen Kurs erneut heftig gekämpft wird.

In England selbst wird also nun aller Voraussicht nach ein gemäßigter Kurs gesteuert werden. Vielleicht muß sich das Labourregime der Unterstützung der acht Liberalen versichern, damit es überhaupt lebensfähig bleibt; aber ein solcher Schritt wird ihm nicht ermöglichen, die Verstaatlichungspolitik weiterzuführen, nachdem

sich auch die Liberalen deutlich gegen diese Politik ausgesprochen haben. Es läßt sich also voraussehen, daß auf dem Felde der englischen Innenpolitik vorerst keine Entscheidungen von Bedeutung mehr geschehen werden. Die einzige Entscheidung, die vorausgesehen werden kann, wäre die grundsätzliche Festlegung eines neuen innenpolitischen Kurses im Wege der Abhaltung einer nochmaligen Neuwahl.

Unsicher sind die Rückwirkungen auf dem Felde der Weltpolitik; es ist indessen nicht anzunehmen, daß sie in einer Lahmlegung der britischen Aktivität bestehen werden, wie vielfach befürchtet wird. Es bestehen in den außenpolitischen Auffassungen der nunmehr annähernd gleich stark gewordenen großen Parteien keine grundsätzlichen Unterschiede; dafür wird es aber von jetzt an wenigstens zu einer engeren Fühlungnahme zwischen Regierung und Opposition in diesem Bereiche kommen müssen, nachdem die Bildung einer Koalitionsregierung entsprechend den Versicherungen beider Parteien nicht in Frage kommt.

Die Erhaltung der Kontinuität der britischen Außenpolitik ist gerade in diesem Augenblick besonders wertvoll, wo mancherorts die Empfindung besteht, daß entscheidende Dinge in der Luft liegen. Im Hinblick auf solche kommende Dinge ist die Weiterzeichnung der gemeinsamen britisch-amerikanischen Linie in der Weltpolitik ausschlaggebend; es ist auch nach diesen Wahlen kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß hier ein Unterbruch eintreten sollte. Also wäre die britisch-amerikanische Koalition für einen Verhandlungstisch gerüstet, während es freilich mit dem französischen Ergänzungsglied neuerdings nicht unbeträchtlich hapert, weil es dort, ähnlich übrigens wie in Italien, einfach nicht gelingen will, den Kommunismus in die Schranken zu weisen. Wer weiß, ob nicht am Ende die Amerikaner die weitere Marshallhilfe für Frankreich dem General de Gaulle werden zur Verfügung stellen müssen?

Jann v. Sprecher

Brief aus Deutschland

Nachdem der deutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer bis anhin die außenpolitischen Angelegenheiten seiner Regierung in äußerst umsichtiger Weise behandelt hatte, unterliefen ihm um die Jahreswende am Gegenstand der

deutsch-französischen Beziehungen

gleich mehrere Mißgeschicke. Die Teilnahmebereitschaft der deutschen Bundesregierung an der Ruhrbehörde und die Verständigungsworte zum Saarproblem brachten ihm im Spätherbst im Bundestag aus dem Munde des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Dr. Schumacher den Zuruf «Bundeskanzler der Alliierten» ein. Dies wäre nicht weiter tragisch zu nehmen gewesen, wenn nicht beide Persönlichkeiten dazu neigten, ihre politischen Gegensätze auf der Ebene des persönlichen Ehrempfindens auszutragen. Eine Ordnungsstrafe von 20 Tagen Ausschluß aus dem Bundestag für Schumacher und ihr Widerruf nach einigen Tagen des Schmollens beiderseits hatten der Affäre einen unangenehmen Beigeschmack gegeben; denn die Sache selbst, um die es dabei gegangen war, war ganz in den Hintergrund getreten. Als sich nun — mit großem Abstand nach seinen englischen und amerikanischen Kollegen — der französische Außenminister Robert Schuman zum ersten Male zur Reise nach Deutschland rüstete (wo er einst studierte und promovierte),

ahnte er sicher nicht, daß Dr. Adenauer sich von jenem parlamentarischen Klingenwechsel mit dem Führer der Opposition so beeinträchtigen lassen würde, daß er dem französischen Gast gegenüber eine weitaus kühlere Sprache in der Saarfrage reden würde als die vorherigen Äußerungen zu diesem delikaten Gegenstand erwarten ließen. Zweifellos trug zu Adenauers Verhalten die eilige Pariser Reise des saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann am Vorabend der Abreise Schumans nach Bonn mit bei: ein politischer Zug, der in Bonn in jedem Fall verstimmen mußte. Die vor Schumans Eintreffen abgegebene Presseerklärung des Bundeskanzlers jedoch, daß Deutschland keiner Lösung der Saarfrage vor einem Friedensvertrag zustimmen würde, setzte zumindest in diesem Augenblick selbst manchen Deutschen in Erstaunen, war man doch gewohnt, daß Adenauer sich darüber stets im klaren war, wie derlei «kühle» Töne nur neue Kohlen auf das mühsam abgedämmte Feuer der «Deutschlandfrage» in der französischen Öffentlichkeit bringen würden. Ein weiteres tat noch eine unglückliche Redewendung des Bundesjustizministers Dr. Dehler zur deutsch-französischen Lage. Ein wenig klärend wirkte erst eine erneute Adenauer-Erklärung, welche die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung betonte und gegen die Ansicht Stellung nahm, daß die deutsche Regierung die Saarfrage als Prüfstein der Beziehungen zu Frankreich betrachte. Zustande kam indessen kurz darauf ein deutsch-französischer Handelsvertrag, der für das erste Halbjahr 1950 einen Warenaustausch in Höhe von 300 Millionen Dollar vorsieht, was einer Verdoppelung des bisherigen Index' gleichkommt.

Eine Verstimmung im

deutsch-britischen Verhältnis

beruhte nun jedoch weniger auf einem faux-pas deutscher Diplomatie, als vielmehr auf der gespannten Wahlatmosphäre in England. Die Aufhebung der Lebensmittelrationierung und der Brennstoffkontingentierung im kriegsunterlegenen, liberalen Deutschland empfand die hart um ihre Macht ringende Labourparty als einen «Propagandacoup» gegen die sozialistische Planwirtschaft in England. In der Tat kann der Überfluß an Luxusgegenständen in den deutschen Warenhäusern und Geschäften auf hier weilende Gäste aus sozialistischen Ländern Europas aufreizend wirken. Dies nur noch in Form einer offiziellen Aufhebung aller Rationierung auch für Engländer auf der Insel spürbar zu machen, konnte freilich den Labours nur als eine unwillkommene Botschaft erscheinen. Ein englischer Besucher, der kürzlich zu dem Warenangebot in Deutschland meinte: «Man lebt besser in Deutschland als in England, aber man stirbt dort auch leichter!», mochte jedoch die wahre wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik erkannt haben. Wer kurz vor Weihnachten durch die Geschäftsstraßen deutscher Großstädte ging, konnte sich kaum des Gedankens erwehren, daß die Entwicklung einem Tanz auf dem Krater gleicht. Das Warenangebot steht kaum mehr dem einer schweizerischen Geschäftsstraße nach, und trotz der allgemeinen Geldknappheit wird überraschend viel gekauft. Diese Kaufkraft, die heute wohl immer noch von einem gewissen Warenhunger nach den Jahren der Entbehrung genährt wird, kann aber bei der geringsten Störung der Wirtschaft empfindlich gelähmt werden. Diese Gefahr deutete der Vizekanzler und ERP-Minister Blücher auch an, wenn er vom Jahre 1950 als dem Jahr des «totalen Kapitalmangels» sprach. Daß diese Gefahren bereits konkrete Formen angenommen haben, beweist das

Ansteigen der Erwerbslosenziffer auf 1,9 Millionen

im westdeutschen Bundesgebiet ohne Berlin. Die Debatte hierüber ist seit kurzem im Fluß. Die Regierung gedenkt der Arbeitslosigkeit durch eine umfassende Kreditschöpfung zu steuern, dank welcher in erster Linie der Wohnungsbau erheblich

intensiviert werden soll, während darüber hinaus Mittel für Verbesserungen im Verkehrssektor (Bundesbahn, Straßenbau, Wasserstraßenbau) freigegeben werden sollen. Die Sozialdemokraten stellten dagegen durch ihren Wirtschaftsexperten, den rheinisch-westfälischen Wirtschaftsminister Prof. Nölting, die Forderung nach einem Plan, welcher die «Vollbeschäftigung» aller Werktätigen gewährleistet. Der mangelhafte «Sitzeifer» einer Reihe bürgerlicher Bundestagsabgeordneter hatte das Kuriosum zur Folge, daß die Opposition — sonst durchaus in der Minderheit — mit der Nölting'schen Forderung die Majorität erlangte. Etwa 60 Abgeordnete der Regierungsparteien waren bei der Abstimmung abwesend. Jedoch dürfte dies letzten Endes nur eine Verzögerung, nicht aber eine grundlegende Änderung des Regierungsprogramms zur Folge haben.

Zweifellos von großem Gewicht war die Reise des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland,

McCloy nach Washington.

Sie fiel gerade in die Zeit, da die Bundesregierung durch die obengenannten «Pannen» an ihrem außenpolitisch tiefsten Punkt seit ihrem Bestehen angelangt war. Zieht man so die pessimistischen Pressebetrachtungen anläßlich der heiklen Berichterstattungsreise McCloys zu seinem Außenminister in Betracht, so hat es nach Abschluß dieser Reise den Anschein, als habe der Hochkommissar in seinem Lande doch den klaren Blick für die deutsche Frage geschärft. Sie lautet wohl weiterhin etwa so: ein friedliches, europäisches und demokratisches Westdeutschland wird am ehesten der Gefahr eines neuen Nationalismus im Inneren oder eines bolschewistischen Einflusses vom Osten her entgehen, wenn es das Vertrauen Amerikas und der westeuropäischen Mächte hinter sich fühlt.

Klaus Colberg

Brief aus Jugoslawien

Heute treiben die scharfen Stöße der Koschawa — des Belgrader Windes — die grauen Fetzen der Winterwolken am linken Ufer der Save noch über ödes Gelände, über einen Landstrich, auf dem morgen schon neue Stadtviertel mit Wohnhäusern und Regierungsgebäuden stehen werden; denn Belgrad wächst, und der einsame Fluß wird bald zu einer zentralen Wasserstraße der aufstrebenden jugoslawischen Hauptstadt werden. Heute zählt Belgrad rund 400 000 Einwohner, aber seit Kriegsende stieg ihre Zahl rasch. In den ersten Nachkriegsjahren kam jährlich ein Strom von 60 000 Menschen in die Hauptstadt, um sich dort anzusiedeln. Dabei hat Belgrad unter den Kriegsereignissen schwer gelitten: 20% seiner Häuser lagen in Schutt und Asche. Aber man muß sagen, daß Tito mit Elan an den Wiederaufbau der Stadt heranging und schon in den ersten beiden Jahren nach Beendigung des Krieges waren 2500 neue Wohnungen geschaffen worden. Auch die Nationalbibliothek, bei deren Brand 500 000 Bände vernichtet wurden, das altehrwürdige Universitätsgebäude, das Nationalmuseum, das zweite Haus des Belgrader Volkstheaters, das für das dramatische Theater vorgesehen ist, sollen wieder neu erstehen, und es wurden teilweise schon recht beachtliche Fortschritte gemacht. Im Weichbild der Hauptstadt wird ein Hüttenkombinat angelegt, dessen Eisengießerei bereits arbeitet.

Alle diese großen Pläne und Vorhaben können nur unter einer Bedingung verwirklicht werden: alle müssen mitarbeiten. Auch die Frauen sind nicht ausgeschlossen und es ist für den Westeuropäer sicherlich ein ungewohntes Bild, wenn er morgens eine Gruppe von fünfzig in Nationaltracht gekleidete Frauen über die

Terazija zu ihrer Arbeitsstätte ziehen sieht. Dort schaffen sie wie die Männer, denn der volksdemokratische Staat, der ihnen die Gleichberechtigung gegeben hat, kennt auch in der Leistung keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern.

Trotz der schweren Arbeit, die auf den Baustellen im ganzen Land zum Teil mit noch unvollständigem Werkzeug geleistet wird, sind

Lohn- und Preisverhältnisse

noch lange nicht im Einklang miteinander. Ein Arbeiter in Belgrad verdient im Durchschnitt zwischen 3500 bis 4000 Dinar im Monat; nur die hohen Beamten und Stoßarbeiter kommen auf 10 000 bis 12 000 Dinar. Von dieser Summe hat er einen minimalen Prozentsatz zur Krankenkasse, Pensions- und Altersversicherung abzuführen, während der Hauptanteil vom Arbeitgeber (der aber in den meisten Fällen der Staat ist) bezahlt wird. So kommt es, daß die Arbeiter und Beamten indirekt auch diese Abzüge aus eigener Tasche bezahlen müssen.

Auch heute noch sind die meisten Waren in Jugoslawien bewirtschaftet. Jeder Arbeiter erhält z. B. im Jahr 210 Textilpunkte, mit denen er sich für 1500 Dinar (50 Punkte) einen Anzug, für 2000 Dinar (70 Punkte) einen Wintermantel, für 500 Dinar (40 Punkte) ein Paar Schuhe oder für 180 Dinar (10 Punkte) ein Hemd kaufen kann. Vielleicht würde er mit diesen Punkten wirklich sein Auskommen finden — aber allgemein wird über die schlechte Qualität der Textilien geklagt, so daß man sagen kann, daß diese eigentlich nur ein Jahr lang halten. Überall sind daher auch die Werktätigen in Lumpen gekleidet anzutreffen, und besonders in der Hauptstadt fällt dies sehr auf. Natürlich gibt es auch einen legalisierten schwarzen Markt, auf dem aber die Preise so stark erhöht sind, daß sich der einfache Mann dort nur wenig kaufen kann. Dort kostet der Anzug 8000 Dinar, ein Wintermantel 10 000 Dinar, Schuhe 3000 bis 5000 Dinar und ein Hemd 800 bis 1000 Dinar.

Ähnlich unbefriedigend sind die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt, wo die Preise derartig hoch sind, daß sich der gewöhnliche Arbeiter und Beamte einen eigenen Haushalt gar nicht leisten kann. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als ein Abonnement in den Arbeiterkantinen zu tätigen, wofür er im Monat rund 1000 Dinar zu bezahlen hat und außerdem natürlich einen beträchtlichen Teil seiner Lebensmittelmarken abführen muß. Das Essen in diesen Kantinen ist sehr verschieden, nie ist es als sehr gut zu bezeichnen, leider jedoch auch nicht immer als ausreichend. Die vielen schmalen Gesichter, die einem in den Städten begegnen, sind ein Beweis dafür. Und auch heute noch ist die Tuberkulose die Geißel des Landes geblieben. Es nützt nichts, wenn an besonders gute Arbeiter Zusatzkarten ausgegeben werden, denn die Normen sind so hoch, daß sie der durchschnittliche Arbeiter gerade erfüllt. Der schwarze Markt aber kommt nicht in Frage, denn dazu reicht der Lohn nicht. Hier einige Preise: 1 Kilo Schmalz 600 Dinar, Milch 30 Dinar, Eier 17 bis 20 Dinar das Stück, Käse 130 bis 220 Dinar.

Natürlich veranlaßt all dies zu der Frage, wie es mit dem Ansehen des Regimes steht. Wer die südslawischen Völker mit ihrem reichen Schatz von Heldenliedern aus der Türkenzeit kennt, wird es begreiflich finden, daß Marschall Tito auch heute von seinem Nimbus eines nationalen Heros nichts verloren hat. Er gilt immer noch als der Befreier des Landes von fremder Okkupation und auch die Anfeindungen Moskaus haben ihm wenig geschadet, denn sie werden ja in ihrer ganzen Schärfe im Lande kaum bekannt. Alle Beobachter verzeichnen es als ein großes Plus für Tito, daß es ihm gelungen ist, die Jugend für sich zu gewinnen.

Die Gegner des Tito-Regimes

gehören der bürgerlich-bäuerlichen Opposition und der kommunistischen Untergrundbewegung an. Ursprünglich regierte ja Tito zusammen mit einigen Führern

der alten Ära, aber als diese dann ihre Schuldigkeit getan hatten, wurden sie ausgebootet. So erging es dem früheren Außenminister Dr. Subasic, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten in den letzten Tagen des Königreichs, Dr. Grol, und dem einstigen Führer der serbischen Bauernpartei, Dragoljub Jovanovic, der zwar noch dem gegenwärtigen Parlament eine Zeit lang angehörte, dann aber wegen seiner Kritik am jugoslawisch-tschechischen Bündnisvertrag ausgeschlossen und zu neun Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Er wird kaum mehr hinter Gittern sein, denn der Anlaß zu dieser Verurteilung erscheint sicher heute auch Tito zweifellos als sehr nichtig. Das neue Wahlgesetz sieht daher auch bereits die Möglichkeit von Kandidaturen unabhängiger Persönlichkeiten vor, womit man zweifellos der bürgerlich-bäuerlichen Opposition ein Ventil geben will, weil man erkannt hat, daß diese sowieso nicht gefährlich wird.

Anders ist es mit der kommunistischen Irredenta, die nur dann und wann in Erscheinung tritt — in einem solchen Fall sich aber um so unliebsamer bemerkbar macht. So geschah es eines Tages im September, daß hunderte von Geschäftsleuten in ihren Postkästen Flugblätter mit einem Aufruf zum Sturz Marschall Titos und seiner «faschistischen Gestapoclique» fanden. Auch an den Straßenecken waren sie angeklebt und die Polizei hatte viel zu tun, um diese Überraschung wieder zu beseitigen. Aber nur hie und da findet man die Agenten Moskaus und stellt sie vor Gericht — sonst aber bleiben sie verborgen auf ihren Plätzen und dienen Tito bis zu jenem Tag, da sie der Ruf Moskaus erreicht. Diese «fünfte Kolonne» in den Staats- und Lokalbehörden ist wohl die schwerste Belastung für Tito, denn er ist keinen Tag vor Überraschungen sicher.

Geschäfte mit dem Westen — aber ohne Konzessionen.

Immer noch beschäftigt die Welt die Frage, ob es der Marschall schaffen wird. Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Soweit sich die bisherigen Ergebnisse der drei Jahre des jugoslawischen Fünfjahrplanes überblicken lassen, muß man zur Ansicht kommen, daß dies wohl gelingen wird. Es bedeutete eine gewaltige Umstellung, als plötzlich für die 90 % der an die Oststaaten vergebenen jugoslawischen Investitionsaufträge des Vorjahres neue Abnehmer gesucht werden mußten. Der 20 Millionen Dollar-Kredit Amerikas vom Herbst des Vorjahres war nur der Beginn einer Neuorientierung. Dann kam man auch mit England, der Schweiz und Deutschland ins Gespräch. Das Ergebnis war für Jugoslawien die annähernde Erfüllung des Plansolls auch im Jahre 1949.

Wenn nicht neue Schwierigkeiten auftreten, wird Jugoslawien am Ende des Fünfjahrplanes, also im Jahre 1951, eine gewaltige Produktionssteigerung erreicht haben. In der Bleiproduktion wird es mit 65 000 Tonnen (1939: 11 000) an der Spitze aller europäischen Länder stehen. Die Kupfererzförderung, die für das Vorjahr mit 1 132 000 Tonnen veranschlagt wurde, konnte durch neue Vorkommen weit überschritten werden, ebenso wird die Eisenerzproduktion 1951 auf 1 500 000 Tonnen erhöht werden, was mehr als das Zweieinhalbfache des Vorkriegsstandes beträgt. Auch Erdöl, von dem man 1939 nur 1000 Tonnen förderte, wird bereits in solcher Menge gewonnen, daß der Inlandsverbrauch voll gedeckt ist. Und ähnlich steht es mit Zink, Kohle (die sich jedoch wegen ihres geringen Heizwertes für die Verkokung wenig eignet) und Aluminium. Mit Neid verfolgt Moskau diesen unleugbaren Aufschwung des vom Kriege schwer mitgenommenen Landes. Er geht freilich auf Kosten des ganzen Volkes, das unter schweren Entbehrungen den Umbau vom Agrar- zum Industriestaat vollzieht. Die Amerikaner und die anderen Völker des Westens helfen dabei und machen ihre Geschäfte — aber Tito baut einen *kommunistischen* Staat und gewährt keine politischen Konzessionen.

Brief aus Washington

Die steigende Flut des Kommunismus in Asien

ist heute eine unangenehme Tatsache, der die Staatsmänner der westlichen Welt nicht ausweichen können. Die Ereignisse der letzten Wochen verlangen gebetierisch, daß der ideologische und politische Kampf gegen den Kommunismus nicht nur an der westlichen Front ausgetragen, sondern auf beiden Seiten der Welt mit gleicher Kraftanstrengung geführt werde. Der endgültige Zusammenbruch der nationalistischen Herrschaft auf dem chinesischen Festland und der Rückzug auf die Insel Formosa haben dazu beigetragen, die Ereignisse ins rechte Licht zu rücken und dramatisch zu gestalten; man hat rasch Klarheit darüber erlangt, daß das Problem sich nicht auf China beschränkt, sondern daß die Gesamtlage in Asien nach sofortigem Handeln ruft.

Das Schicksal des nationalistischen China und der rasch zunehmende Erfolg der Sowjetdiplomatie in den fernöstlichen Angelegenheiten haben in den Vereinigten Staaten bittere Vorwürfe laut werden lassen und zu hitzigen Auseinandersetzungen und endlich auch zu den Anfängen einer neuen Fernostpolitik geführt. Leider sind die asiatischen Fragen weit mehr als die europäischen Probleme seit langem stark verflochten mit der amerikanischen Innenpolitik. In den daraus entstehenden Auseinandersetzungen werden Tatsachen und Gefühle häufig in betrüblicher Weise durcheinandergeworfen, und ernstzunehmende Vorschläge verlieren sich in einem Meer von Verhetzung. Wenn zum Beispiel, wie es neulich vorkam, einige der ausgesprochensten amerikanischen Isolationisten sich für eine bewaffnete Intervention zu Gunsten Tschiangs einsetzten, darf man ruhig behaupten, daß die Lage äußerst wirr sei.

Wir wollen uns kurz mit diesem besorgten Interesse für Tschiang Kai-schek und die Nationalisten auf Formosa befassen. Da sind zunächst jene Leute zu erwähnen, die allen Ernstes erklären, es sei sehr wichtig, ein Regime am Leben zu erhalten, das die Gegnerschaft gegen den Kommunismus verkörpere. Sie betonen die Notwendigkeit eines Sammelpunktes jener Kräfte, die eine legitime, antikommunistische Regierung für China bereits besitzen. Obwohl sie Tschiangs häufiges Versagen und manche seiner Schwächen zugeben, behaupten diese Leute heute noch, der Generalissimus sei der beste Mann, den wir hätten, und wir müßten zu ihm halten; und um dieser Behauptung mehr Gewicht zu verleihen, wird viel vom strategischen Wert der Insel Formosa geredet. Dabei ist die Frage der militärischen Bedeutung der Insel ein Faktor, der ein ohnehin schon recht komplexes Problem nur noch mehr verfinstert. Die höchsten militärischen Führer der Vereinigten Staaten wären zwar sehr froh, wenn die Insel nicht in die Hände der Kommunisten fallen würde, geben aber in Privatgesprächen zu, daß ihre strategische Bedeutung übertrieben worden ist. Die Gründe dafür sind:

1. Der Schaden, der uns vom Feinde von Stützpunkten auf Formosa aus zugefügt werden kann, kann uns mit gleicher Leichtigkeit auch von jenen Festlandgebieten aus zugefügt werden, die bereits von den Kommunisten besetzt sind.
2. Andere amerikanische Stützpunkte im Westpazifik, die mit großen Kosten vorbereitet worden sind, bilden schon jetzt wichtige Ausgangsstellungen, von denen aus ein Feind auf dem Festland angegriffen werden könnte. Zu diesen gehören die Philippinen, Okinawa und die japanischen Hauptinseln.

So wäre also Formosa militärisch eine nützliche, wenn auch nicht lebenswichtige Zugabe zur Zahl der strategischen Stützpunkte der einen oder anderen Seite. Die folgende, teilweise politische, teilweise psychologische Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung: Soll das noch bestehende, nationalististische Regime,

das, wie allgemein zugegeben wird, nicht befriedigt, unterstützt werden, um die Kommunisten eines Sieges zu berauben, der ihr Ansehen in Asien gewaltig fördern könnte und der ihren Anspruch auf Anerkennung durch die Vereinigten Nationen mehr Berechtigung verleihen würde?

Die Debatte über diese Frage enthält in gedrängter Form die meisten Probleme, welche die

Festlegung der amerikanischen Politik im Fernen Osten

so kompliziert. Das Staatsdepartement, das die Nationalisten in einem letztes Jahr herausgegebenen Weißbuch so scharf kritisierte, steht heute praktisch dem Zusammenbruch seiner Fernostpolitik in der Nachkriegszeit gegenüber, besteht aber trotzdem darauf, diese zu verteidigen. Bis vor kurzem hat die Regierung nach Ansicht vieler Amerikaner viel zu viel Zeit darauf verwendet, nach rückwärts zu schauen, statt sich mit der Zukunft zu befassen und Mittel und Wege zu finden, um den kommenden Anforderungen gewachsen zu sein. Diese Zukunft hat sich nun plötzlich eingestellt und findet die amerikanische Politik schlecht vorbereitet, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Das Problem wird für die Amerikaner noch schwieriger, weil es den Russen gelungen ist, die westlichen Alliierten mit Bezug auf die Anerkennung der kommunistischen Regierung in China zu spalten. Daß Großbritannien das neue Regime anerkannt hat, während Frankreich und die Vereinigten Staaten es nicht taten, bedeutet einen ernstzunehmenden Bruch der Solidarität, die bis zu diesem Zeitpunkt die diplomatische Stellungnahme dieser drei Völker gegenüber Rußland kennzeichnete.

Das gemeinsame Vorgehen der Alliierten zur Unterstützung Bao Dai's in Indochina verbessert zwar die Lage ein wenig, bringt jedoch den Riß nicht zum Verschwinden. Die Anerkennung der indochinesischen Aufständischen durch die Sowjetunion wird in Washington als schwerwiegender Vorstoß gewertet, und hat dazu beigetragen, die Ausarbeitung der amerikanischen Pläne zu beschleunigen. Man befürchtet, daß diese Unterstützung Ho Chi Minhs ein Anzeichen sein könnte für einen baldigen kommunistischen Vorstoß in anderen Gebieten Asiens, z. B. in Malaya, Burma, Indonesien oder Südkorea.

Die amerikanischen Entschlüsse für die zukünftige Politik stehen noch nicht fest, werden aber voraussichtlich folgende Punkte umfassen:

1. Die Vereinigten Staaten werden den Nationalisten auf Formosa keine irgendwie bedeutende Hilfe zuteil werden lassen, doch wird die Zeitspanne für die Tschiang Kai-schek bereits zugeteilten amerikanischen Geldmittel ausgedehnt werden. Die Berichte der zurückkehrenden Stabschefs könnten vielleicht die amerikanische Regierung dazu bewegen, ihre Auffassung dahin zu ändern, daß sie eine kleine Delegation von militärischen Ratgebern nach Formosa schickt; für weitergehende militärische Hilfe ist hingegen tatsächlich kein Anlaß vorhanden.
2. Zur Erledigung des Streites zwischen Indien und Pakistan wegen Kaschmir wird man weiterhin auf diese Länder einen Druck ausüben. Nur wenige Leute in Washington glauben, daß die indische Regierung sich offen mit Sowjetrußland verbünden wird; man würde es gerne sehen, wenn Indien als antikommunistisches Bollwerk gestärkt würde. Ministerpräsident Nehru hat alle Einladungen, Partei zu ergreifen im west-östlichen Konflikt, abgelehnt, weil er ein geschickter Diplomat ist und weil er beabsichtigt, eine asiatische Führerschaft für Asien aufzubauen. In Washington betrachtet man diesen Streit wegen Kaschmir als eine Schwächung Indiens während einer entscheidenden Epoche, und man wird deshalb alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Lösung zu erzwingen.

3. Die Arbeit am Friedensvertrag mit Japan, die bereits weit fortgeschritten ist, wird sogleich wieder aufgenommen werden. Auf Grund des Vertrages wird man bald handeln; dabei wird man die Beibehaltung der amerikanischen Militärstützpunkte auf den japanischen Hauptinseln und auf Okinawa sicherstellen. Rußland wird formell zur Teilnahme eingeladen werden, wird aber kaum zustimmen. Daraufhin werden die übrigen Alliierten ohne die Sowjetunion vorgehen.
4. Die 75 Millionen Dollars, die der Kongreß letztes Jahr zur Bekämpfung des Kommunismus in Asien bewilligte und die noch nicht ausgegeben worden sind, werden bald den Schlüsselstellungen im Fernen Osten zugesprochen werden. Eine Liste der Prioritäten wird eben ausgearbeitet. Was heute allein als ziemlich sicher betrachtet werden darf, ist die Hilfe, die Indochina als erstes größeres Land erhalten wird.
5. «Punkt Vier» des Programms Truman — das heißt die Hilfeleistung an unentwickelte Gebiete auf der ganzen Welt — wird erweitert werden, wobei besonderes Gewicht auf Asien gelegt wird. Indien, Burma und Indonesien sind Gebiete, für die amerikanische Hilfe zur Förderung des wirtschaftlichen Aus- und Aufbaus erwartet werden darf.

Den «good will» der asiatischen Völker zu gewinnen

ist das schwerste Problem, das die Vereinigten Staaten und alle westlichen Völker zu lösen haben. Die alte Ordnung verschwindet und die Anerkennung dieser Tatsache ist der Schlüssel im Kampfe gegen das Aufkommen des Kommunismus in Asien. Das Bewußtsein dieser Entwicklung ist es, was viele Amerikaner veranlaßt, sich gegen die Bemühungen zu wenden, die darauf abzielen, Tschiang mit den Vereinigten Staaten zu verbünden, denn er vertritt eine Sache, von der sich die großen Massen der Asiaten abwenden. Anderseits besteht Grund zur Hoffnung, daß einige der nichtkommunistischen Regierungen in Asien, besonders in Italien und Indonesien, stärker werden und durch ihr Beispiel die übel behandelten Völker des Fernen Ostens zu Frieden und Sicherheit führen werden. Die Vereinigten Staaten werden eine solche Entwicklung zu fördern versuchen.

Schließlich sollen noch einige Bemerkungen gemacht werden über die

Beziehungen des kommunistischen China zur Sowjetunion.

Wenn auch viele Leute in den Vereinigten Staaten die Auffassung vertreten, daß Mao Tse-tung der Exponent bäuerlicher Revolutionäre sei, die sich ganz beträchtlich von den russischen Kommunisten unterscheiden, muß man heute doch zugeben, daß dieser Wunschgedanke rasch verschwindet. Es bleibt immerhin eine gewisse Hoffnung, daß die chinesischen Kommunisten nicht ohne weiteres zu allem ja sagen werden, was Moskau verlangt.

Man neigt in Washington stark zu der Auffassung, daß eine kluge Diplomatie imstande sein sollte, aus zwei wichtigen Tatsachen Nutzen zu ziehen: Erstens aus den Differenzen, die sich wahrscheinlich zwischen Peiping und Moskau ergeben werden, und zweitens aus den Schwierigkeiten, die allen Versuchen entgegenwirken, die ungeheuren, zurückgebliebenen Gebiete zu kommunisieren, die heute China ausmachen. Geschickte Diplomatie und Propaganda, die sich diese Tatsachen zunutze machen, in Verbindung mit entschlossenem Widerstandswillen gegen weitere kommunistische Übergriffe in Asien bieten einige Hoffnungen auf eine Besserung der düsteren Lage.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

Die militärische Ausbildung im Jahre 1950

Die Ausbildung des laufenden Jahres bewegt sich in der Hauptsache im gewohnten Rahmen, trägt aber bereits den Charakter einer Übergangszeit, bedingt durch die grundlegenden Änderungen der bei Jahresbeginn in Kraft getretenen Militärorganisation. Ein Teil der neuen Bestimmungen wirkt sich bereits auf die Ausbildung aus, andere werden erst mit der Einführung einer neuen Truppenordnung zur Geltung kommen.

Die Rekrutenausbildung

Bei der Infanterie werden bereits weniger Trompeter- und Trainrekruten ausgebildet. Für deutsch- und französischsprechende Trainrekruten wird eine einzige Schule in Thun durchgeführt, während die italienischsprechenden Trainrekruten in den Infanterieschulen von Bellinzona ausgebildet werden. Die bisher vorwiegend zur Wartung der Offizierspferde ausgebildeten Offiziersordonnanzen werden jetzt in Rekrutenschulen der Infanterie und der Kavallerie zu Füsilieren bzw. Dragonern ausgebildet und erhalten zum Abschluß eine besondere Fachausbildung in einer Fachrekrutenschule. Während bisher die Ausbildung der Rekruten der motorisierten Einheiten der Leichten Truppen nur in Thun erfolgte, werden dieses Jahr in Aarau neben den berittenen Dragonern auch Motordragoner und in Winterthur neben Radfahrern auch Rekruten für die Schweren Waffen-Einheiten ausgebildet. Die Artillerie faßt die Rekruten des Vermessungs- und Wetterdienstes und der Schweren Minenwerfer in einer besonderen Rekrutenschule in Frauenfeld zusammen. Den Waffenplatz Kloten hat die Artillerie nunmehr ganz an die Genietruppen abgetreten, die hier ihre Telegraphenpioniere und Motorfahrer, in Bülach ihre Funker ausbilden. Im Zeichen der kommenden Truppenordnung werden für die Motorbootkompagnien keine Rekruten mehr ausgebildet. Die Verpflegungstruppe faßt erstmals Metzger-, Bäcker- und Magaziner-Rekruten in einer einzigen Schule zusammen. Die zunehmende Technisierung und Motorisierung verlangt auch eine Verbesserung der Mechanikerausbildung. Bei der Artillerie wird sie durch eine Spezialisierung der Waffenmechaniker angestrebt, indem unterschieden wird zwischen Waffenmechanikern für die kleinkalibrigen Waffen bis 34 mm, die in der Waffenfabrik Worblaufen und Geschützmechanikern für die Geschütze von 7,5 cm an aufwärts, die in den Thuner Konstruktionswerkstätten ausgebildet werden. Die Fachrekrutenschulen für Übermittlungsgerätemechaniker sind von 27 und 48 Tagen Dauer auf eine einheitliche Dauer von 62 Tagen verlängert worden.

Die Kaderausbildung

Die Kaderausbildung bringt eine Verlängerung der Unteroffiziersschulen der Infanterie, Leichten Truppen, Sanität, Verpflegungs-, Motortransport- und Traintruppen von 3 auf 4 Wochen, so daß die Unteroffiziersschule aller Truppengattungen nunmehr einheitlich 27 Tage dauert. Die Veterinärtruppe führt keine eigene Unteroffiziersschule mehr durch. Die Studierenden der Tierheilkunde bestehen eine Kavallerie- oder Train-Unteroffiziersschule, sind aber, als Offiziersanwärter der Veterinärtruppe, von der Dienstleistung als Korporal in einer RS befreit. Die angehenden Einheitskommandanten werden nur noch für die letzten zehn Tage der UOS einberufen. In militärischer Hinsicht ist dies sehr zu bedauern. Da aber die Dienstleistung in einer ganzen UOS den Nachwuchs an geeigneten Einheitskommandanten

noch mehr erschwert hätte als bisher, kann dieses Eingeständnis verantwortet werden. Leider haben es selbst noch letztes Jahr verschiedene Schulkommandanten nicht verstanden, den angehenden Hauptleuten schon in der UOS die Stellung eines Einheitskommandanten zu geben, sondern sie ließen sie als bloße Statisten herumstehen. Wann kommt endlich einmal der Moment, in dem die Dringlichkeit der Förderung verantwortungsfreudiger Initiative auch bei den angehenden jungen Hauptleuten überall erfaßt wird?

Eine gewisse Vereinheitlichung von bisher fünf auf drei Typen von Offiziersschulen zu 62, 90 und 104 Tagen Dauer ist wie folgt erreicht worden: Traintruppe Verlängerung von 62 auf 90 Tage — Motortransporttruppe Verlängerung von 83 auf 90 Tage — Sanitäts- und Veterinärtruppe Verlängerung von 55 auf 62 Tage. — In der Offiziersschule der Verpflegungstruppe werden erstmals auch Feldpostsekretäre zu Leutnants ausgebildet. Spezialkurse, wie sie bisher für die Offiziersanwärter der Artillerie, Flieger-, Flab- und Genietruppen durchgeführt wurden, sind jetzt auch für die Veterinär- und die Motortransporttruppe sowie für die angehenden Quartiermeister vorgesehen.

Die Wiederholungskurse

Dieses Jahr sind nur die Truppen des Auszuges und die aus Auszug und andern Heeresklassen gemischten Truppen aufgeboten. Der Verzicht auf ein Aufgebot der bisherigen Landwehrtruppen soll eine vermehrte Dienstleistung im Rahmen der künftigen Truppenordnung ermöglichen. Im dreijährigen Turnus der Heereseinheitsmanöver üben diesen Herbst die 1. Division gegen die Leichte Brigade 1, die 4. Division gegen die L.Br. 2, die 7. Division gegen die L.Br. 3 und die Gebirgsbrigade 12 gegen das Gebirgsregiment 17. In den anderen Heereseinheiten werden die WK im Rahmen des kombinierten Infanterieregimentes mit Manöverübungen von je zwei Regimentern auf Gegenseitigkeit durchgeführt. Ein Drittel der Regimenter führt kombinierte Scharfschießen durch.

In den Flabschießkursen der Infanterie wird dieses Jahr ein zweiter Drittel von Flab-Kp. für 12 Infanterie-Regimenter aufgestellt. Von der Feldartillerie der Divisionen wird dieses Jahr der letzte Drittel von acht Abteilungen zu 24 Batterien mit 10,5 cm Haubitzen ausgerüstet und motorisiert. Damit hat die Artillerie den Pferdezug endgültig aufgegeben und die Motorisierung vollendet. Die Leichten Brigaden, die letztes Jahr durch Umschulungskurse geschwächt waren, rücken dieses Jahr mit sämtlichen Verbänden nach der Neuorganisation von 1949 zum WK ein. Die Kadervorkurse sind auf zwei Tage für die Unteroffiziere und drei Tage für die Offiziere verlängert worden.

Die Ergänzungskurse

Zu den Ergänzungskursen der Grenztruppen rücken erstmals auch die Grenztruppen der Gebirgsbrigade 10 ein, deren Grenzkurs letztes Jahr mit Rücksicht auf eine Epidemie verschoben werden mußte. Daneben ist wiederum die erste Hälfte der Grenztruppen aufgeboten, die schon 1948 Grenzkurse durchgeführt hat. Zum Abschluß eines dreijährigen Turnus ist der letzte Drittel der Territorialtruppen der Infanterie und der Leichten Truppen aufgeboten. Die Kurse für die leichten Territorialtruppen sind dabei einheitlich von sechs auf acht Tage verlängert worden. Bei der Festungsartillerie finden neben Ergänzungskursen für die Hälfte der Verbände auch Umschulungskurse für jene Landwehrsoldaten statt, die erst nach dem Aktivdienst zur Feldartillerie versetzt wurden. Die Flabtruppe hat bisher die Dienstpflichtigen im 43. Altersjahr zur Leistung des Ergänzungskurses in den WK ihrer Einheit einberufen. Im Jahr 1950 werden neben den Soldaten des Jahrganges 1907 auch

diejenigen des Jahrganges 1910 im 40. Altersjahr zu diesem Ergänzungskurs eingezogen. Bei all' diesen Ergänzungskursen werden die Kadervorkurse in gleicher Dauer wie bei den WK durchgeführt.

Zu den Übungen der Zerstörungstruppen im Dreijahresturnus sind wiederum 7 Abteilungen aufgeboten, bei einer Verlängerung der Kursdauer von vier auf sechs Tage und unter Zuzug der eingeteilten Hilfsdienstpflichtigen. Ergänzungskurse von sechs Tagen führen auch die Übermittlungsparkkp. durch, in Verbindung mit ihrem WK. Die dieses Jahr für 2 Pontonier-Detachemente, 3 Telegraphen- und 3 Funkerkp. durchgeführten zwölftägigen Ergänzungskurse entsprechen bereits dem künftigen Ausbildungsmodus der Landwehr und versprechen einen größeren Erfolg als die Ergänzungskurse von nur einer Woche Dauer, bei denen rund ein Drittel der Zeit von Mobilmachung und Demobilmachung beansprucht werden. Für die Flabzüge der Territorialinfanterie werden erstmals Schießkurse von 18 Tagen Dauer durchgeführt. Beim Fliegerbeobachtungs- und Meldedienst ist man von Übungen von 6 auf 13 Tage übergegangen, ruft aber nur die Hälfte der Truppen, unter Einschluß der Hilfsdienstpflichtigen, ein. Für die Zerstörungstruppen und den Fl. BMD dauern die Kadervorkurse nur einen Tag für Unteroffiziere und zwei Tage für Offiziere. Die letztes Jahr neu organisierten Territorialkp. und Ortswehren werden 1950 zu Organisationsmusterungen einberufen.

Die Ausbildung der Hilfsdienste

Hier hat die Bundesversammlung einen großen und bunten Katalog von Einführungskursen, Kaderkursen, Musterungen, Rapporten und weiteren Dienstleistungen vorgesehen. Wir setzen Zweifel in deren Notwendigkeit. Im Truppenverband werden Kurse von sechs Tagen Dauer für die Rotkreuzkolonnen und von zehn Tagen Dauer für die FHD-Sanitätskolonnen durchgeführt.

Probleme der Ausbildung

Zu den aktuellen Problemen gehört die Frage der *Spezialisierung*. Wenn es auf der einen Seite unmöglich ist, in unseren Verhältnissen allround-Soldaten heranzubilden, so dürfen doch auf der andern Seite die Gefahren einer weitgehenden Spezialisierung, wie sie gegenwärtig in den Schulen der Infanterie durchgeführt wird, nicht übersehen werden. Der Kommandant der 3. Division hat an seinem Divisionsrapport eine Grundschulung des Infanteristen am Karabiner und Lmg, mit Maschinenpistole und Handgranaten verlangt. Erst auf dieser Grundlage sei eine Spezialisierung als Automatenschütz, Panzerkämpfer und Nahkämpfer anzustreben. Wir hoffen, daß dieses Problem in der militärischen Fachpresse eingehend erörtert werde. Hauptmann *Siegenthaler* hat hiezu bereits in erfreulicher Weise den Anstoß gegeben und die Forderung einer «generellen Instruktion» aufgestellt, die neben die Spezialausbildung treten soll [1]).

Das Problem der *schwachen Einrückungsbestände* im WK führt immer wieder zum Vorschlag, die WK nur noch alle zwei Jahre, dafür aber mit vollen Beständen, durchzuführen. Es kann nicht eindringlich genug vor einer solchen Lösung gewarnt werden. Sie würde einen Rückschritt in die Zeit der Militärorganisation von 1874 bringen. Der Übergang zum jährlichen WK war eine der bedeutendsten Neuerungen der Militärorganisation von 1907, an der erfreulicherweise die eidgenössischen Räte

---

[1]) Siehe Schweiz. Allgemeine Militär-Zeitschrift, Januar 1950, S. 6. Vergl. auch «Der Schweizer Soldat», 15. Februar 1950, S. 188/189.

[2]) Vergl. auch Artikel «Sollen die Wiederholungskurse alljährlich oder alle zwei Jahre stattfinden?» «Basler Nachrichten», 7. Februar 1950.

bei der Revision von 1949 festgehalten haben. Die Vorteile des jährlichen WK sind besonders für die Kader erheblich größer als der Nachteil der schwachen Bestände, der übrigens eine gründlichere Ausbildung ermöglicht als Kurse mit vollen Beständen. Schließlich darf man nicht übersehen, daß unsere Kommandanten auch im Kriege sehr bald nur noch mit stark reduzierten Beständen fechten könnten, so daß die reduzierten Einrückungsbestände im WK Verhältnisse schaffen, wie sie sich im Kriege nach den ersten Verlusten automatisch einstellen werden. Kurse mit vollen Beständen erwecken falsche Illusionen [2]).

Die zunehmende Verstädterung unseres Volkes — fast zehn Prozent des Schweizervolkes leben allein in Zürich — entfremdet große Volksteile immer mehr der Verbundenheit mit Land und Boden und erschwert damit die *Einzelgefechtsausbildung*, die eine geschickte Ausnützung des Geländes voraussetzt. Wie sehr beispielsweise der Hindu-Soldat diese Voraussetzung erfüllt, schildert *Jacques Bauche* in seinem Kriegstagebuch in anschaulicher Weise:

> «A 3 heures ce matin les Hindous sont partis, souples comme des serpents, silencieux comme des fauves, attentifs comme des lynx; on peut les classer parmi les meilleurs soldats du monde. Ils ont passé devant nous et se sont enfoncés dans la nuit. — A 4 heures, un grand cri rauque et sauvage, à peine quelques coups de feu. Une fusée rouge dans les premiers rayons de l'aube: Kirsone était prise. C'est leur manière de combattre. Ils rampent jusqu'à trois mètres des positions ennemies sans donner l'éveil, puis ils jettent leur grand cri de guerre qui paralyse l'adversaire et ils bondissent dessus...» [3]).

Zum Abschluß erwähnen wir noch das Problem der *Beweglichkeit*. Wie der Kommandant des 3. Armeekorps in der Besprechung der von ihm im November 1949 geleiteten Manöver ausführte, kann unsere kleine Armee nicht den ganzen Kampfraum ausfüllen. Ihre Truppen können im allgemeinen nicht damit rechnen, links und rechts eingerahmt kämpfen zu können. Zwischen den einzelnen Verbänden werden immer Lücken offen stehen. Da gilt es, mit Geschick zu operieren, wenn die stärkeren Kräfte eines Feindes wettgemacht werden sollen. Der Kleine muß im beweglichen Manöver und in der raschen Reaktion sein Heil suchen.

Schon *Jomini* sagte:

> «Le premier moyen est de prendre l'initiative des mouvements. Le général qui réussit à mettre cet avantage de son côté, est maître d'employer ses forces où il juge convenable de les porter; celui au contraire qui attend l'ennemi ne peut être maître d'aucune combinaison, puisqu'il subordonne ses mouvements à ceux de son adversaire... Le général qui prend l'initiative sait ce qu'il va faire; il cache sa marche, surprend et accable une extrémité, une partie faible».

Und ferner:

> «Il est une maxime incontestable pour les petites armées, c'est d'agir toujours en masse; par son application seule, elles peuvent former quelque entreprise importante, en renonçant à tout couvrir pour ne viser qu'au but principal» [4]).

Miles

---

[3]) Jacques Bauche: «A Force de vaincre». Armand Fleury, Paris 1947. Aus dem Kapitel: Campagne de Syrie 1941.

[4]) «Traité des grandes opérations militaires», Bd. 3, S. 345 und Bd. 1, S. 281.